

Solidarische Ökonomie

Wirtschaften jenseits der Renditemaximierung

In Zeiten der Wirtschaftskrise kommt es zur Wiederentdeckung von Formen des Wirtschaftens jenseits von individueller Nutzenmaximierung, die bisher entweder ausgeblendet waren oder noch nicht in den Blick gekommen sind.

Komplementärwährungen, Genossenschaften, Selbstversorgung, Zeitbanken, Ethische Banken oder etwa ein einfacher Lebensstil - bereits diese Beispiele zeigen, dass es ein Wirtschaften jenseits von kapitalistischer Renditemaximierung geben kann und dass auch immer neue Ansätze von engagierten Personen und Gruppen entwickelt, ausprobiert und in die Praxis umgesetzt werden. Gemeinsamer Nenner ist eine Wirtschaft, die dem Menschen sowie einem „guten Leben“ dient und die „gegenseitige Unterstützung“, also Kooperation gegenüber Konkurrenz und Eigennutz, in den Mittelpunkt stellt.

So wie Wirtschaft nicht nur aus dem monetären Sektor besteht, so funktioniert Wirtschaften auch nicht ausschließlich nach dem Prinzip der Geldvermehrung. In solidarischen Wohnprojekten geht es vielmehr um die Förderung von Nachbarschaft, Nutzen gemeinsamer Infrastruktur bis hin zur Unterstützung sozial schwächerer oder älterer

Menschen. Energiegenossenschaften haben das Ziel, die Mitglieder kostengünstig und sicher mit dem Bedarfsgut Energie zu versorgen. Die dezentrale Produktion und Versorgung machen im Vergleich zu zentralen Systemen unabhängiger. Ein selbst verwaltetes Internet-Café, betrieben von

Erwerbslosen, integriert ausgegrenzte Menschen in die Gesellschaft und stärkt ihr Selbstbewusstsein und ihre Kompetenzen. Kaum jemand der/die sich nicht der freien Enzyklopädie WIKIPEDIA bedient. Dort tragen tausende Menschen unentgeltlich dazu bei, dass das gemeinsame

Wissen der Menschen zusammengeführt und kostenlos zugänglich gemacht wird. ExpertInnen denken darüber nach, wie dieses Prinzip auch auf andere Sektoren der Wirtschaft (z. B. produzierender Sektor) übertragen werden kann.

Solidarisches Wirtschaften bietet gerade in Zeiten der Krise die Möglichkeit, nicht nur den bisherigen Umgang mit Geld zu überdenken, sondern auch ein vielleicht sehr eindimensionales Bild von Ökonomie zu überwinden. Initiativen, Unternehmen und Projekte der Solidarischen Ökonomie laden dazu ein, selbst zu experimentieren, zu lernen und solidarische Formen des Wirtschaftens (weiter) zu entwickeln.

Markus Blümel



Foto: Schlagnitweit

ETHIKKOMMENTAR

MARKUS SCHLAGNITWEIT

Gemeinnützige Bank?

Wenn jemand unbedingt ins Spielcasino gehen will, um ein Vermögen zu verspielen, dann ist das sein (und seiner Angehörigen) Bier; die übrige Welt braucht das nicht weiter zu kümmern - sollte man meinen. Jetzt hat sich etwas ähnliches aber in weltweiten Dimensionen abgespielt: Da wurde auf den Finanzmärkten mit unermesslichen Summen gezockt - und verspielt. Und plötzlich ist der ganze Rest der Welt davon betroffen: Nicht nur weil die Riesenverluste jetzt vielerorts sozialisiert werden, sondern auch weil, nachdem kurz zuvor noch so ein Übermaß an Kapital da war, dass „man es ja auf Teufel komm raus“ auf den Finanzmärkten unterbringen musste“, jetzt plötzlich Flaute herrscht und nicht einmal mehr das Nötige aufzutreiben ist, um den Finanzierungsbedarf ganz realer wirtschaftlicher Unternehmungen zu decken. Und in diesem bösen Erwachen lernen wir, dass Spekulations- und Realwirtschaft doch recht eng verknüpft sind.

Eine Scharnier-Rolle fällt dabei den Banken zu. Sie sind Hauptträger des volkswirtschaftlich notwendigen Kreditgeschäfts und gehörten zugleich zu den großen Playern auf den Finanzmärkten. War es die Aussicht auf saftigere Renditen als im konventionellen Kreditgeschäft oder die dafür erforderliche Ausweitung der Eigenkapitalausstattung, was sie zusehends auf die Finanzmärkte getrieben hat - jetzt, wo sie sich in einer veritablen Vertrauenskrise befinden und das Kreditwesen deshalb noch schlechter funktioniert, wird plötzlich klar, welche wichtige Gemeinwohl-Funktion Banken eigentlich hätten: die Ausstattung der Wirtschaft mit Kapital. Es soll sogar Zeiten gegeben haben, in denen man Bankhäuser mehr dem gemeinnützigen als dem Profit-Sektor einer Volkswirtschaft zugerechnet hat. Ich wüsste jetzt nicht, ob die Neuausrichtung jedenfalls einen motivierenden Leitspruch: „Sind die Banken ‚gut‘, geht's der Wirtschaft gut.“

DR. MARKUS SCHLAGNITWEIT IST DIREKTOR DER KSÖE (KATH. SOZIALAKADEMIE ÖSTERREICHS), WWW.GELDUETHIK.ORG

„Chiemgauer“, „Waldviertler“ und andere

Regionalwährungen als Alternative?

Was können Regionalwährungen? Auch wenn über Vor- und Nachteile von Regionalwährungen heftig diskutiert wird - vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanzkrise kann man von ihnen eventuell lernen.

Die anhaltenden Turbulenzen am Finanzmarkt haben eine kritische Reflexion unseres Geldsystems zur Folge und führen zu einer verstärkten Diskussion von Alternativen. Eine dieser Diskussionen dreht sich um die Vor- und Nachteile von Regionalwährungen, die bereits in der Wirtschaftskrise der 30er-Jahre des 20. Jahrhunderts sowohl in Europa als auch in den USA aufgekommen sind.

Das Ziel: die Förderung regionalen Wirtschaftens

Regionalwährungen - wie der „Waldviertler“ in Österreich oder der „Chiemgauer“ in Deutschland - sind in der Regel Komplementärwährungen und meist als Freier oder Schwundgeld konzipiert. Sie sind ein regional mehr oder weniger anerkanntes und gegenüber dem Euro zusätzliches Zahlungsmittel, das jedoch mit zunehmender Behaltedauer weniger wert wird. Durch diese absichtliche „Entwertung“ oder „Alterung“ - im Fall des Waldviertlers 2 % am Ende eines jeden Quartals - besteht ein Interesse daran, einen einmal erhaltenen Waldviertler möglichst schnell wieder auszugeben, um eben einen Wertverlust zu vermeiden. Die Hortung von Geld ist damit unattraktiv und die Um-

laufgeschwindigkeit der zirkulierenden Waldviertler erhöht sich deutlich. Das dahinter liegende Ziel ist die Förderung der regionalen Wirtschaft bzw. eine Erhöhung der regionalen Wertschöpfung.

Durch die lokale Begrenzung der Akzeptanz von Regionalwährungen bleiben Kaufkraft und Arbeitsplätze in der jeweiligen Region erhalten, so ein Hauptargument der Befürworter. Darüber hinaus kommt es zu positiven ökologischen und sozialen Effekten: Rohstoffe und Produkte wer-



Foto: wikimedia/Carmorino

den vermehrt in der Region nachgefragt, was nicht nur das Transportaufkommen verringert, sondern auch generell die Sensibilität der Konsumenten gegenüber Sozial- und Umweltfragen erhöht.

Ungewissheit über die Wirkung des Regionalgeldes

KritikerInnen hingegen weisen darauf, dass der überwiegende Teil des Geldes, das

nicht in den Konsum fließt, in der Regel ja nicht gehortet, sondern in Sichteinlagen und Schuldverschreibungen investiert wird, von wo es über Kredite wieder seinen Weg in den Wirtschaftskreislauf findet. Dass dabei ein Zinsaufschlag zum Tragen kommt, wird von vielen Ökonomen nicht als Problem empfunden, sondern als Bedingung der Möglichkeit gesellschaftlicher und technischer Innovation bezeichnet. Denn niemand würde ohne Erhalt einer Risikoprämie Vorhaben finanzieren, von denen nicht klar ist, ob man sein Geld wieder zurückbekommt.

Zudem wird die durch die laufende „Alterung“ des Regionalgeldes erhöhte Umlaufgeschwindigkeit kritisiert, weil diese nicht zu einer Begrenzung, sondern vielmehr zu einer Ausweitung des Konsums und des Ressourcenverbrauches führt. Gerade vor dem Hintergrund sich verknappende Rohstoffe sei aber eher ein bewusster und Ressourcen schonender Lebensstil aus Nachhaltigkeitssicht dringend geboten. Insgesamt stellen KritikerInnen die Frage, ob das primäre Ziel von Regionalwährungen - die Förderung der regionalen Wirtschaft - nicht wesentlich einfacher und kostengünstiger durch ein ver-

ändertes Konsumverhalten erreicht werden kann.

Auf rechtlicher Ebene sind Regionalwährungen ob ihrer geringen Bedeutung - gegenwärtig sind „Waldviertler“ im Gegenwert von ca. 30.000 € im Umlauf - ein eher geduldetes als anerkanntes Phänomen. Die geringe Akzeptanz von Regionalwährungen bedeutet allerdings nicht, dass die der Idee zugrundeliegenden Überlegungen ebenfalls vernach-

lässigbar sind. Vielmehr erweist es sich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise an den Finanzmärkten als dringend erforderlich, über Bedeutung und Funktionsweise der Geldwirtschaft insgesamt nachzudenken. Der Finanzmarkt dient in erster Linie der Ermöglichung realwirtschaftlicher Prozesse und darf nicht zum Selbstzweck verkommen. In den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass die

etablierte Finanzwirtschaft bei weitem nicht so funktioniert wie man es uns Glauben machte. Auch wenn über Sinn und Nutzen von Regionalwährungen zu diskutieren ist - dass sie regionale Wirtschaftskreisläufe fördern wollen und nicht für Spekulationen auf den Finanzmärkten vorgesehen sind, gibt einen Hinweis auf die Richtung, in die sich die Finanzwirtschaft bewegen muss.

Klaus Gabriel, Uni Wien

„Gefragt ist geduldiges Kapital, das seine Verantwortung bewusst wahrnimmt, im Gegensatz zu aggressivem Kapital, das sich ohne Rücksicht der kurzfristigen Rendite verschreibt.“

(Prof. Johannes Hoffmann, Universität Frankfurt)

Klimawandel, Trinkwasser, nachhaltige Waldwirtschaft, Artenvielfalt, Bevölkerungsentwicklung, Armut, Governance

SUPERIOR 6 - Global Challenges

- Attraktive Renditechancen
- Partizipation an zukunftsreichen Märkten
- Aktiver Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft
- Langjährige Erfahrung im Bereich nachhaltiges Investment

www.schelhammer.at/fonds

FONDS
Schelhammer & Schattera
Werte verbinden uns

Diese Einschaltung ist eine Marketingmitteilung und stellt keine Anlageberatung oder Anlageempfehlung dar. Die Prospekte des genannten Fonds in ihrer aktuellen Fassung (Kundmachung in elektronischer Form auf www.schelhammer.at/fonds) und ein Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ vom 04.09.2008 stellen den Interessierten bei der Bankhaus Schelhammer & Schattera Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Bräunerstraße 3/2/6, 1010 Wien und bei der Bankhaus Schelhammer & Schattera AG, Goldschmidgasse 3, 1010 Wien, kostenlos zur Verfügung. Prospekt abrufen unter: www.schelhammer.at/fonds

Nachhaltigkeit durch eine „Kultur des Teilens“?

Teilen als Umweltsteuer

Fischer im Königreich Tonga weisen aufgrund ihrer Kultur ein nachhaltiges Ressourcenmanagement auf.

Nicht nur wirtschaftliche Rahmenbedingungen sondern auch kulturelle Faktoren nehmen Einfluss auf eine nachhaltige Entwicklung. Ein Beispiel dafür findet sich im Königreich Tonga im Südpazifik. Auf manchen Inseln sind dort Normen des Teilens verbreitet und schonen damit die natürlichen Ressourcen. Dies ergaben die Forschungsarbeiten von **Andrea Bender, Rabindra Chakraborty, Wolfram Kägi und Ernst Mohr** (siehe Literaturhinweis). Nachhaltigkeit bei erneuerbaren, lebenden Ressourcen wie Fischen, Wäldern und Pflanzen bedeutet, dass der Verbrauch dieser Ressource die Neuentstehung nicht übersteigt. Vielfach kommt es jedoch zu einer Übernutzung. Dazu zählt etwa die Überfischung der Meere. Das Problem, auch Allmende*-Problem genannt, tritt bei frei zugänglichen Ressourcen und einer Vielzahl an Nutzern auf. Geläufige Lösungen dieses Problems sind klar definierte Zugangsregeln. Aber auch kulturelle Faktoren bieten Lösungen, wie das Beispiel in Tonga zeigt.

Tonga und die „Kultur des Teilens“
Im Königreich Tonga lässt

sich eine nachhaltige Fischerei finden. In einer kleinen Fischergemeinde sieht jede BewohnerIn die Tagesausbeute eines jeden Fischers. Der Fang wird mit vielen Leuten geteilt. Vor allem alte Leute, die selbst nicht mehr in der Lage sind Fisch zu fangen, profitieren davon. Zudem führt diese „Kultur des Teilens“ dazu, dass die Nutzung der Ressource Fisch nachhaltig gemanagt wird. Das Teilen der Nahrung wirkt wie eine Krankenversicherung und Altersvorsorge, aber auch wie eine Umweltsteuer.

Eine Umweltsteuer der anderen Art

Eine Umweltsteuer bewirkt, dass die Verwendung von knappen Umweltressourcen verteuert wird. Die Verpflichtung zu teilen, vermindert den Nettoertrag der Fischerei pro eingesetzte Stunde. Wenn ein hoher Anteil des Fischfangs abgegeben werden muss, besteht der Anreiz mehr Arbeitszeit in andere Aktivitäten zu stecken. Eventuell wird mehr Landwirtschaft betrieben. Hier zeigt sich der Lenkungseffekt einer Umweltsteuer. Das Ergebnis ist eine weniger intensive Nutzung der Ressource Fisch. Das führt auch dazu,

dass sich Fischbestände erholen können und insgesamt zunehmen. In weiterer Folge bedeutet das einen Wohlfahrts-gewinn. Fischfang wird wieder einfacher und weniger zeitaufwendig.

„Steuerhinterzieher“ schaden dem System

Das System funktioniert allerdings nur solange sich alle an diese Regel halten. Auf manchen Inseln scheren Fischer aus dem System aus, fischen ausschließlich auf eigene Rechnung und zeigen ihren Fang nicht mehr in der Öffentlichkeit. Eine Übernutzung der Fischgründe ist sichtbar.

Moderne Gesellschaften

Aber Tonga ist kein Einzelfall. Viele traditionelle Gesellschaften, die kein Privateigentum an natürlichen Ressourcen kennen, haben eine „Kultur des Teilens“ etabliert. Natürliche Ressourcen wurden über Jahrhunderte erfolgreich nachhaltig gemanagt. Dies wurde zumeist nicht mit rigiden Beschränkungen erreicht. Vielmehr haben sich kulturelle Regeln entwickelt, die einen ökonomischen Nutzen stiften und gleichzeitig nicht auf Kosten der natürlichen Ressourcen



Foto: Fotolia.com/DeiSchmuck

gehen. Im Sinne der Nachhaltigkeit wäre eine Etablierung einer Kultur des Teilens in vielen Bereichen auch für moderne Gesellschaften wünschenswert.

Katharina Sammer
*Als Allmende bezeichnet man ein im Besitz einer Dorfgemeinschaft befindliches Grundeigentum z. B. Wald, Gewässer etc.

Literatur:

Chakraborty, Rabindra N. (2001): Implicit Environmental Taxation in the Kingdom of Tonga, IWOE-Diskussionsbeitrag Nr. 87.

Bender, Andrea; Kägi, Wolfram; Mohr, Ernst (2002): Informal Insurance and Sustainable Management of Common-Pool Marine Resources in Ha'apai, Tonga. In: Economic Development and Cultural Change 50 (2002), Nr. 2, S. 427 - 440

GEI – gender equality index - Österreich (2008): 73 von 100 (+4,6 %) +++ Nachhaltige Anlagen mit Engagement in Österreich (2007): 85 %

KURZNACHRICHTEN

Zukunftsfähiges Wirtschaften in turbulenten Zeiten - Nachhaltigkeit als Chance

Auf reges Interesse stieß die Veranstaltung von **Ernst & Young** zum Thema „Zukunftsfähiges Wirtschaften in turbulenten Zeiten - Nachhaltigkeit als Chance“. Die Bedeutung von Nachhaltigkeit für Investoren und das Risikomanagement“. Obwohl das Volumen nachhaltiger Investments in Österreich derzeit noch gering ist, ist eine kontinuierliche Steigerung wahrnehmbar, wodurch sich sukzessive ein „nachhaltiger Wettbewerb“ unter den Unternehmen ent-

wickelt. Auf Basis der Untersuchung von **Stefanie Gründl** (myclimate) über Nachhaltigkeits-Ratings in Österreich diskutierten mit dem Publikum **Fred Luks** (Bank Austria Unicredit), **Gerhard Grabner** (Ernst & Young), **Dietmar Ruper** (VÖIG), **Wolfgang Pinner** (VINIS) und **Matthias Bönning** (oekom research).

Nachhaltigkeit muss ins ganze Unternehmen implementiert werden, hinderlich sind derzeit jedoch noch Rahmenbedingungen und Anreizsys-

teme, die die Integration von Nachhaltigkeit in die Unternehmensstrategie zu wenig zulassen. Darüber diskutierten im zweiten Teil **Univ. Prof. Mark-Ungericht** (Universität Graz), **Leena Wokeck** (GRI), **Sultana Gruber** (Bank Austria Unicredit), **Herbert Minarik** (ÖBB) und **Martin Goworek** (Ernst & Young). Die Podiumsteilnehmer stellten abschließend fest, dass die Krise eine Chance ist, Nachhaltigkeit zum „Mainstream“ zu machen - wann wenn nicht jetzt.

TERMINE

SOLIDARISCHE ÖKON.

Im Rahmen des Kongresses **Solidarische Ökonomie** (20. bis 22. 2.) findet ein Gesprächskreis zu „Genossenschaftsbanken“ statt: Teilnehmer sind unter anderen M. Nöckler (ethical banking, Südtirol) und A. Neukirch (GLS Bank, Deutschland). Markus Schlagintweit wird die Veranstaltung moderieren. „ethical banking“ wird weiters einen Praxis-workshop anbieten.

Termin:
20. - 22. 2., Wien.

Weitere Informationen
www.solidarische-oeconomie.at

ARBEITERKAMMER

Die Finanzmarktkrise und

Ihre Folgen - Realwirtschaftliche Auswirkungen und Wege aus der Krise. Veranstalter: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik und Wirtschaftspolitik.

Termin:

5. März, 15 Uhr, Technisch-gewerbliche Abendschule des bfi Wien, 4. Stock, Hörsaal B 402, Plößlgasse 13, 1040 Wien
Anmeldungen bis 25. Feber 2009; Fax: 01 501 65 - 2513, oder susanne.fuerst@akwien.at.

FINANCE & ETHICS

Der 7. Finance & Ethics Kongress am 6. Mai 2009 in Diex/Kärnten präsentiert sich wieder mit einem interessanten Thema und hochkarätigen Re-

ferenten: Dr. Stephan Schulmeister vom WIFO, Diözesanbischof Alois Schwarz, Univ. Prof. Dr. Finsinger, Univ. Prof. Dr. Brodbeck, Mag. Habtmann und das Finance & Ethics Research-Team werden unter der Moderation von Dr. Gisela Hopfmüller vom ORF für spannende Referate und Diskussionen sorgen.

Termin:

6. 5., Diex/Kärnten
www.fea.at



LITERATUR-TIPPS

Die politischen Visionen großer Ökonomen

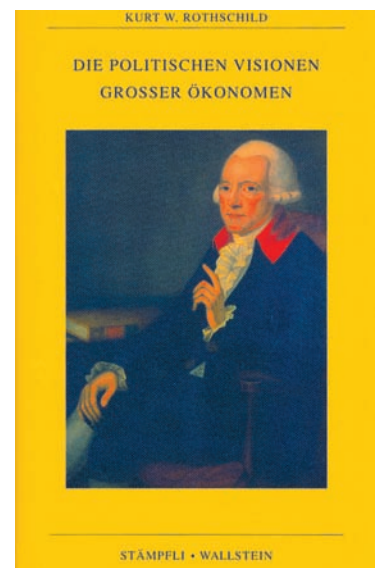
Ökonomie und Politik sind heutzutage zwei deutlich getrennte Wissensgebiete, obwohl sie in der Realität miteinander verflochten sind. Bedeutende Philosophen und ökonomische Wissenschaftler waren sich aber immer dieser Wechselbeziehung bewusst und haben trotz wachsender Tendenz zu einseitiger Spezialisierung versucht, den Kontakt mit der politischen Problematik zu wahren.

In dem Band werden die politischen Visionen von sieben der bedeutendsten ökonomischen Theoretiker seit dem 18. Jahrhundert Adam Smith, John Stuart Mill, Karl Marx, Alfred Marshall, Joseph Schumpeter, John Maynard Keynes, Fried-

rich Hayek in ihrem Zusammenhang mit den ökonomischen Ideen und dem persönlichen und gesellschaftlichen Hintergrund der Autoren behandelt.

Gerade diese Ökonomen sind es, die trotz ihrer unterschiedlichen Denkweise sehr großen Einfluss auf die Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft weit über ihr Leben hinaus haben und daher aktueller denn je sind.

Kurt W. Rothschild:
„Die politischen Visionen großer Ökonomen“, Wallstein Verlag, 2004, 224 S., 24,70 €.



Solidarische Ökonomie



Dieses Dossier gibt Einblicke in Theorie und Praxis „Soli-

darischer Ökonomie“. B. Flieger beleuchtet den Genossenschaftssektor. D. Embshoff setzt sich mit Erfolgs- und Rahmenbedingungen unter kapitalistischen Vorzeichen auseinander. N. Lieger betont die Bedeutung des nicht-monetären Sektors für ein „gutes Leben“. P. U. Lehner stellt den „Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ vor. M. Möller zeigt anhand des „Miethäuser-Syndikats“, wie eine „solidarische Gegen-Ökonomie“ im Wohnbereich geschaffen wird, wo Grund und Boden der Spekulation entzogen werden. F. Nahrada argumentiert, war-

um „freie Software“ den Kern einer anderen Ökonomie bilden kann.

Diese und weitere theoretische und praktische Beiträge ermöglichen eine kompakte Einführung in die vielfältigen Formen solidarischen Wirtschaftens und einen Aufriss dieser anderen, zuletzt vernachlässigten Seiten der Wirtschaft.

ksoe (Kath. Sozialakademie Österreichs) - Hrg.: Dossier „Solidarische Ökonomie“ 03/2008, 42 Seiten, A4, 4,50 € plus Versand, Bestellungen: www.ksoe.at oder 01-310 51 59



Foto: Lieger

GASTKOMMENTAR

NICOLE LIEGER

Geld - was tun?

Ich finde Geld gut. Eine höchst nützliche Erfindung der Menschheit, würde ich meinen. Wir verwenden es nur etwas ungeschickt, gesamtgesellschaftlich betrachtet. Zumindest bisher; vielleicht werden wir in Zukunft ja etwas findiger.

Zum Beispiel würde sich Geld hervorragend eignen, um die Zugangsmöglichkeiten zu materiellen Gütern einigermaßen gleichmäßig zu gestalten, und das bei Wahrung der Wahl- und Entscheidungsfreiheit der Individuen. Güter sind schwer, verderblich, und immer von einer vorgegebenen Sorte, aber Geld lässt sich sehr gut dorthin verschiffen, wo - aus welchen Gründen auch immer - materieller Mangel auftritt, sei es bei einzelnen Menschen oder ganzen Regionen. Es lässt sich auch leicht von dort umleiten, wo es sich mittels Zinseszins akkumuliert hat. Die Instrumente dazu sind glücklicherweise erfunden; ob wir von ihnen Gebrauch machen wollen, liegt bei uns.

Zum anderen könnten wir Geld weniger wichtig nehmen (das würde vielleicht auch bei der sinnvollen Verteilung helfen). Geld und Wohlstand sind nicht das gleiche: Selbst in Europa findet ein großer Teil der Wohlstandserschaffung im geldfreien Raum statt. So gut wie alles, was wir als „Dienstleistung“ kennen, tun und bekommen wir auch, ohne dass Geld im Spiel ist: Kinderbetreuung, Bildung, Körperpflege, Wellness, Unterhaltung, Lebensberatung, Computerschulungen, Raumpflege, Information, Software, Musik, Gesundheit . . .

Sich dies bewusst zu machen, kann helfen, Monetarisierung nicht mit Wachstum zu verwechseln, die Fülle des Wohlstands sowie die Vielfalt seiner Entstehung wahrzunehmen. Wenn dann noch persönliche Anerkennung - von Geld losgelöst - reichlich vorhanden ist, sind alle Türen offen für unseren Umgang mit Geld als einer nützlichen Randscheinung innerhalb einer florierenden Menschheit.

NICOLE LIEGER

[HTTP://HOME.PAGE.UNIVIE.AC.AT/NICOLE.LIEGER](http://homepage.univie.ac.at/nicole.lieger)
Genossenschaftsgruppe Mondragón
Lohnbegrenzung

Mit mehr als 103.000 Beschäftigten ist die baskische MCC die größte Industriegenossenschaft der Welt und damit ein herausragendes Beispiel solidarischen Wirtschaftens. Was macht diesen Erfolg aus?

1956 ins Leben gerufen, haben die Kooperativen von Mondragón eine ständige Expansion erfahren. Bis heute musste keinE einziger GenossenschaftlerIn jemals gekündigt werden, prekäre Arbeitsverhältnisse gibt es nicht. 2006 wurden 677 Mio€ konsolidierte Gewinne erwirtschaftet. Eine Erfolgsgeschichte, die ein Jesuitenpater begründet hat.

Dieser weltweit einzigartige und erfolgreiche Verbund von autonomen Kooperativen ist heute in den Bereichen Banken, Versicherungen, Handel, Industrie, Wohnen und Bildung tätig. Eroski ist zum größten Lebensmittelhändler Spaniens aufgestiegen. Im Baskenland, wo die Kooperativen überwiegend angesiedelt sind, ist es für die Menschen das Selbstverständlichste, in Form von Genossenschaften tätig zu sein und im Fall einer Unternehmensgründung diese Form zu wählen.

Die Kooperativen funktionieren nach drei Prinzipien: dem Demokratie-, dem Identitäts- und dem Solidaritätsprinzip. Entsprechend dem Identitätsprinzip müssen die Beschäftigten GenossenschaftlerInnen sein. Zu Beginn wird

ein Genossenschaftsanteil eingebracht oder es kann dieser über die Jahre vom Lohn abbezahlt werden. Das Solidaritätsprinzip schlägt sich in einer gerechten Einkommensverteilung nieder. EinE RepräsentantIn der Generalversammlung darf maximal das 6-fache eines/r FließbandarbeiterIn verdienen. Mondragón ist heute der Ort in Spanien, wo der Reichtum am gleichmäßigsten verteilt ist. So vergibt etwa auch die Genossenschaftsbank Kredite an die Genossenschaften, die prosperieren, zu höheren Zinsen als an diejenigen, die in einer schwierigeren Lage sind. Das demokratische Prinzip wird durch ein ausgeklügeltes Delegationssystem sichergestellt. Sämtliche Organe werden gewählt. Ein Kopf wird als eine Stimme gerechnet.

Solidarität unter den MitarbeiterInnen, das Gefühl, in einer Gemeinschaft zu arbeiten, sowie das Wissen, Entscheidungen treffen zu können, tragen dazu bei, eine moralische Dimension in der Ökonomie zu entwickeln. Heute verfügt der Konzern auch über 65 Produktionsstätten in Osteuropa, Asien und Lateinamerika. Dies



hat allerdings auch zu neuen Herausforderungen geführt. Denn in diesen Ländern sind die ArbeiterInnen keine GenossenschaftlerInnen. Neue - dem eigenen Werteverständnis entsprechende Antworten

- müssen noch gegeben werden.
Markus Blümel
www.mcc.es

Quelle: Astrid Hafner, u. a. in: ksoe-Dossier „Solidarische Ökonomie“ 03-2008

+++ BCI – basic capability index (Abdeckung der Grundbedürfnisse) – Subsahara-Afrika (2008): 70 von 100 (100 im Jahr 2353) +++

Finanzkrise bremst den Ausbau der erneuerbaren Energien
Investitionen notwendig

Die Finanz- und Wirtschaftskrise beeinträchtigt die Investitionsbereitschaft in europäische Kraftwerksprojekte. Besonders betroffen ist der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern.

Das Erreichen der EU-Ziele zum Klimaschutz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien ist gefährdet. Dies geht aus einer aktuellen Studie von A.T. Kearney hervor.

In den letzten Monaten sind die Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung massiv eingebrochen. Dieser Trend könnte über mehrere Jahre anhalten. Viele Investoren in erneuerbare Energien sind - aufgrund fehlender laufender Cash-Flows - im Gegensatz zu Utilities noch viel stärker auf Fremdkapital angewiesen. Die Kreditkonditionen am Markt haben sich jedoch deutlich verschlechtert. Hinzu kommt die Kostenstruktur der erneuerbaren Energien, bei denen die Kapitalkosten den wesentlichen Kostenblock ausmachen. Somit schlagen die steigenden Kapitalkosten hier viel stärker auf die Wirtschaftlichkeit der Investition durch.

Der Anstieg der Fremdkapitalkosten bedeutet aber auch generell ein deutliches Absin-



Foto: A. Tezkan

ken der Attraktivität von Kraftwerksinvestitionen. Die Folge ist, dass alte abgeschriebene Kraftwerke mit einem schlechteren Wirkungsgrad länger betrieben werden. Laut der Studie von A.T. Kearney können von den jährlich erforderlichen Investitionen für den notwendigen Anlagensatz und Kraftwerksneubau in Höhe von etwa 30 bis 35 Mrd€ bis 2010 nur rund zwei Drittel aufgebracht werden.

Die Berechnung geht von einem ungebremsten Stromverbrauchswachstum aus.

Seit den neunziger Jahren ist innerhalb der EU der Stromverbrauch jährlich um rund 2% angestiegen, bis 2020 wird ein zusätzliches jährliches Wachstum von 1,6% prognostiziert. Um das EU-Ziel, 20% erneuerbare Energien am gesamten Energieverbrauch bis 2020 zu erreichen, braucht es jedoch nicht nur einen signifikanten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es sind verstärkt Maßnahmen und Investitionen notwendig, um die Energieeffizienz zu steigern.

Katharina Sammer

Nachhaltigkeit
eröffnet neue Perspektiven

Um einen Weg aus der globalen Finanzkrise zu finden, wurden in letzter Zeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene intensiv über verschiedene vertrauensbildende Massnahmen diskutiert. Immer wieder wurden dabei die Verbesserung von Governance Strukturen, die Optimierung von Risikokontrollen oder die Abkehr von einer kurzfristigen Gewinnmaximierung genannt.



Foto: Vontobel

Im Rahmen von nachhaltigen Anlagen versucht man, genau solche Aspekte bei der Auswahl von Investments stärker zu gewichten. Kann also die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit im Anlagegeschäft einen Beitrag zu einem mehr auf Langfristigkeit ausgerichteten Finanz- und Wirtschaftssystem leisten? Nachhaltige Anlagen sind für Investoren zumindest eine Möglichkeit, entsprechenden Ansprüchen mehr Nachdruck zu verleihen.

Integration von Nachhaltigkeit ins Anlagegeschäft
Es gibt verschiedene Ansätze zur Integration von

Nachhaltigkeitsaspekten ins Anlagegeschäft. Für Fonds hat sich heute ein zweistufiges Auswahlverfahren als Standard durchgesetzt, das über die Kombination von Aus- und Einschlusskriterien sowohl ethische wie auch erfolgsrelevante Kriterien anwendet. Zum einen führen kontroverse Aktivitäten wie z. B. die Herstellung von Waffen oder die grobe Verletzung von Arbeits- und Menschenrechten zum Ausschluss. Zum anderen geht es darum, in jeder Branche die jeweils nachhaltigsten Unternehmen zu identifizieren. Eine solche Analyse basiert in der Regel auf drei Themenbereichen: Gute Umweltstandards in Produktion und der Produktentwicklung, soziale Verantwortung gegenüber allen wesentlichen Anspruchsgruppen und gute Corporate Governance Strukturen. Durch die Anwendung dieser zwei Filter entsteht ein glaubwürdiges nachhaltiges Anlageuniversum, mit dem ein Portfoliomanager unter Ein-

schluss von finanziellen Kriterien ein ausgewogenes Portfolio bereitstellt.

Nachhaltigkeit als Erfolgsfaktor

In der Finanzwelt setzt sich heute das Verständnis durch, dass solche ausserbilanziellen Faktoren wichtige Indikatoren für ein langfristiges, vorausschauendes Management sind und damit auch ein Indiz für den zukünftigen Unternehmenserfolg. Unternehmen, die frühzeitig auf veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen reagieren oder dank sparsamem Ressourcenverbrauch in der Produktion Kosten einsparen, können sich Vorteile verschaffen. Für Anleger eröffnen nachhaltige Fonds damit doppelte Chancen: Sie investieren in zukunftsfähige Unternehmen und tragen gleichzeitig zu einem nachhaltigen Wandel bei.

Sabine Döbeli,
Leiterin Nachhaltigkeit,
Bank Vontobel.

Die nächste Ausgabe

„Geld & Ethik“ erhalten Sie am 26. 3. 2009.

Ihr Ansprechpartner für „Geld & Ethik“:

Rudolf Erdner, erdner@finanzdl.at

Geld regiert die Welt!

Doch: Wer regiert das Geld?

Über diese Frage sind sich selbst die Fachleute selten einig. Die weltweite Krise, in die uns gerade die amerikanische Immobilienblase hineinzieht, zeigt jedoch, dass diese Frage immer mehr zu einer Überlebensfrage für viele Menschen wird. Überlassen wir es den Spekulanten an den Börsen oder dem so genannten „freien Markt“ zu bestimmen, was unsere Währung wert ist? Oder sind wir in der Lage, selbst zu bestimmen, mit welcher Münze wir bezahlen?



Vor 25 Jahren entdeckte ich einen kleinen, aber bedeutsamen Konstruktionsfehler in unserem jetzigen Geldsystem, und arbeite seitdem daran, aufzuzeigen, wie dieser Fehler im System behoben werden kann und wir neue Geldsysteme entwickeln können. Bevor ich jedoch beginne, einige dieser Geldentwürfe vorzustellen, möchte ich drei grundlegende Missverständnisse bezüglich unseres herkömmlichen Geldes aufzeigen.

Erstes Missverständnis

Das Geld - und damit die Wirtschaft - können dauerhaft quantitativ wachsen.

Dabei gilt es zwischen begrenztem und unbegrenztem Wachstum zu unterscheiden. Sowohl unser Körper als auch Pflanzen und Tiere folgen physisch dem begrenzten Wachstum. Ab einer optimalen Größe, also etwa ab dem 21sten Lebensjahr, hören wir auf zu wachsen. Wir verändern uns also die längste Zeit unseres Lebens - mit all unseren Subsystemen - fast ausschließlich qualitativ statt quantitativ.

Ein grundlegend unterschiedliches Wachstumsmuster ist das so genannte exponentielle oder Verdoppelungswachstum.

Hier ist das Wachstum anfangs gering, steigt aber dann kontinuierlich an und geht schließlich in fast senkrechtes, „unbegrenzt“ quantitatives Wachstum über. Es findet seine Grenze erst beim Zusammenbruch oder der Zerstörung des Organismus, auf dem es wächst. Genau nach diesem Muster verhält sich unser Geld, da sich Geldanlagen durch Zins und Zinseszins in regelmäßigen Zeitabständen verdoppeln.

Das Problem ist, dass der Zins - als wichtigster Preis in unserer Wirtschaft - die Grenze setzt für das, was wir als „wirtschaftlich“ betrachten. Wenn nicht wenigstens die Zinsen verdient werden, ist eine Investition nicht wirtschaftlich. Das heißt, dass die Wirtschaft ein exponentielles Wachstum anstreben muss und, dass die Schere zwischen Geldwerten und Realwirtschaft

- im Laufe der Zeit - ständig weiter auseinander klaffen wird, bis sich Spekulationsblasen bilden, diese platzen und der ganze Zyklus wieder von vorn anfängt.

Zweites Missverständnis

Wir zahlen Zinsen nur, wenn wir uns Geld bei der Bank oder von anderen leihen.

Richtig ist, dass in jedem Preis, den wir entrichten, ein Zinsanteil enthalten ist. Nämlich die Zinsen, welche die Produzenten der gekauften Güter und Dienstleistungen der Bank zahlen mussten, um Maschinen und Geräte anzuschaffen. Bei den Müllgebühren zum Beispiel liegt dieser Anteil bei etwa 12 %, beim Trinkwasserpreis bei 38 % und bei der Miete im sozialen Wohnungsbau erreicht er sogar 77 %. Im Durchschnitt zahlen wir etwa 40 % Zinsen in den Preisen für die Güter und Dienstleistungen unseres täglichen Lebens. Könnte der Zins also durch einen anderen Mechanismus ersetzt werden, der die Geldbesitzer anregt, ihr Geld zu verleihen, könnten die meisten von uns ihre Einkünfte fast verdoppeln oder entsprechend weniger arbeiten, um denselben Lebensstandard zu halten.

Drittes Missverständnis

Der Zins ist eine gerechte Gebühr oder Prämie für die Überlassung von Liquidität, die jede/r auf Spareinlagen bekommt und die von allen in jedem Preis bezahlt werden müssen.

Nur die wenigsten verstehen, in welchem Ausmaß sie selbst draufzahlen, da der Zins- und Zinseszinsseffekt ganz legal für eine ständige Umverteilung des Geldes sorgt. Unterteilt man die deutschen Haushalte in zehn gleiche Gruppen, so zeigt sich, dass acht Teile oder 80 % der Haushalte fast doppelt soviel Zinsen zahlen, wie sie einnehmen. Bei 10 % sind Einnahmen und Ausgaben durch Zinsen in etwa ausgeglichen. Die reichsten 10 % der Bevölkerung nehmen hingegen ein, was die große Mehrheit über den Zins verliert. Das heißt,

die „Gerechtigkeit“, die darauf beruht, dass wir alle - über Sparverträge und Geldanlagen - Zinsen zurückbekommen, stellt sich bei näherem Hinsehen als trügerisch heraus. Erst bei Zins schaffenden Anlagewerten in Höhe von mehr als 500.000 € können diejenigen, die diese Anlagen besitzen, vom Zinssystem profitieren. Im Jahr 2001 betrug die Summe, die in Deutschland an Zinsen tagtäglich umverteilt wurde, zirka 1 Mrd€.

Die Folgen des Konstruktionsfehlers

Der Zins ermöglicht auf diese Weise im Gegensatz zum viel zitierten Anspruch auf Leistung in einer „Leistungsgesellschaft“ ein leistungsloses Einkommen. Er zwingt zu einem pathologischen (krankhaften) Wirtschaftswachstum und führt zu einer Verschärfung der ungleichen Einkommensverteilung, das heißt zur Polarisierung der Gesellschaft.

Darüber hinaus wird die Spekulation mit Währungen auf den Finanzmärkten weit lukrativer als Investitionen in der Realsphäre, ohne dass dabei wirkliche Werte entstehen.

Wie können neue Geldentwürfe dieses Problem vermeiden?

Dazu existieren viele brauchbare Modelle auf allen Ebenen wirtschaftlichen Handelns:

- Auf der internationalen Ebene gibt es den Vorschlag von **Bernard Lietaer** für eine auf Waren und Dienstleistungen abgesicherte globale Währung, den „Terra“ (www.terratrc.org), und die weltweit vorhandenen Barter-Systeme (www.barterportal.net).

- Auf der nationalen oder multinationalen Ebene bietet das „WIR-System“ in der Schweiz seit 70 Jahren ein Vorbild, welches mittels einer Parallelwährung kleine und mittlere Unternehmen mit neuer Liquidität versorgt (www.wir.ch).

- Auf der regionalen Ebene zeigt die wachsende Zahl von Regionalwährungen in Deutschland, dass Menschen bereit sind, neue Wege zu gehen. Im Januar 2009 gibt es etwa 30 Initiativen, die bereits

ein eigenes Zahlungsmittel herausgeben, und weitere, die das vorbereiten (www.regiogeld.de).

- Und auf der lokalen Ebene beweisen seit Jahrzehnten viele Tauschringe, dass man das „Geld-Geschäft“ nicht nur den Banken überlassen muss (www.tauschringe.de).

Bis auf wenige Ausnahmen arbeiten alle ohne Zins oder berechnen nur die Transaktionskosten. Diese neuen Geldentwürfe oder zinsfreien Zahlungssysteme für verschiedene geographische Größenordnungen werden ergänzt von sektoralen Komplementärwährungen, welche so gestaltet werden können, dass das Geld dahin fließen kann, wo es den größten sozialen und wirtschaftlichen Nutzen stiftet.

Anstelle sozialer Programme, die sich mit dem Transfer finanzieller Ressourcen von Reich zu Arm begnügen, sind Komplementärwährungen ein völlig neuer Weg, dem Anspruch auf soziale Leistungen und mehr sozialer Gerechtigkeit zu genügen. Wenn sie einmal eingeführt sind und funktionieren, können sie sich letztlich selbst finanzieren, ohne den Staatshaushalt weiter zu belasten. Das heißt, sie können den Wohlfahrtsstaat ergänzen, ohne selbst ein Wohlfahrtsystem zu sein. Sie sind in diesem Sinne hoch innovative Selbsthilfemittel, die durch kreatives Handeln im Sinne einer „kollektiven Intelligenz“ die Eigeninitiative von einzelnen und Gruppen fördern, ihren Selbstwert und damit insgesamt unser „Sozialkapital“ stärken.

Prof. Dr. Margrit Kennedy, ist Autorin des Buches „Geld ohne Zinsen und Inflation“ (1991, 9. aktualisierte Neuaufgabe 2009), das in 20 Sprachen übersetzt wurde. Ihr Buch „Regionalwährungen - ein neuer Weg zu nachhaltigem Wohlstand“, zusammen mit Bernard Lietaer, erschien 2004. Ein Schwerpunkt ihrer heutigen Arbeit ist die Einführung und Erprobung regionaler Tauschmittel.

margritkennedy@monneta.org
www.margritkennedy.de

Bewegung am Finanzmarkt

In der Krise steckt auch eine Chance - die der sorgfältigen und kritischen Analyse sowie der entschiedenen Durchsetzung von langfristig wirkenden Gegenmaßnahmen.

Oberstes Ziel muss dabei die Rückbesinnung der Finanzwirtschaft auf ihr eigentliches Kerngeschäft sein: die Finanzierung der Realwirtschaft. Unter dieser Voraussetzung schlagen wir als **GLS Bank** ein Maßnahmenpaket zu einer Neuordnung der Rahmenbedingungen vor:

1. Differenzierter Umgang mit Regulierung

Finanzdienstleistungen, die unmittelbar der Realwirtschaft dienen - also wirtschaftliche, gemeinnützige und kulturelle Aktivitäten finanzieren - werden aktuell durch starke Regulierungen erschwert. In diesem klassischen Bankgeschäft ist eher eine Deregulierung notwendig. Einige derivative Finanzinstrumente dienen der Realwirtschaft mittelbar, z. B. bei der Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken. Sie sind durch Standards zu regulieren. Zu unterscheiden sind diese von rein spekulativen Derivaten wie Leerverkäufe, die schlichtweg zu verbieten sind.

2. Große einzelner Banken

Finanzinstitute oder spezielle Produkte dürfen in ihrer absoluten Größe oder Struktur weder global noch national systemgefährdend sein. Begrenzende Kennziffern sind gefragt, wie etwa das maximale Verhältnis der Bilanzsumme einer Bank zum Bruttosozialprodukt eines Landes. Die Daumenregel „too big to fail“ hat Institute bisher dazu angeregt, überproportional zu wachsen und zugleich extreme Risiken in Kauf zu nehmen. Aus dem Fall in Island sollten Lehren gezogen werden und Finanzdienstleister ihre Größe, Geschäfts- und Risikopolitik überdenken. Das Gegenteil ist jedoch der Fall wie die Fusion von **Commerzbank** und **Dresdner Bank** beweist. Bereits eine der beiden Großbanken kann bei einem Zusammenbruch systemgefährdende Auswirkungen haben. Fusioniert man nun beide Banken, vergrößert man möglicherweise das Problem.

3. Erfassung der Vermögensinflation

Bei den Vermögenswerten, insbesondere bei Grund und Boden, Immobilien, Aktien und Rohstoffen, ist aktuell eine enorme Inflation zu beobachten. Die extremen Wertschwankungen haben zu erheblichen realwirtschaftlichen Verzerrungen geführt - auch mit deutlich negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen. Es besteht seit vielen Jahrzehnten eine globale Übereinkunft, dass Inflation bei Gütern und Dienstleistungen bekämpft und durch unabhängige Notenbanken gemessen, kontrolliert und gesteuert werden soll. Es ist dringend erforderlich, dass für die Inflation bei den Vermögenswerten Vergleichbares geschieht.

4. Rating-Agenturen und Transparenz

Rating-Agenturen sollten nicht mehr in die Entwicklung von Finanzprodukten einge-

bunden werden. Zudem sollten sie verpflichtet sein, neben der monetären GLS-Bonitätsprüfung auch Aussagen darüber zu machen, wie Investitionen realwirtschaftlich verwendet und welche sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen dabei berücksichtigt werden. Dieser Regelung muss eine entsprechende Transparenzpflichtung für Banken und Finanzinstitute gegenüberstehen.

5. Offshore-Finanzplätze

Die Offshore-Finanzplätze müssen geschlossen bzw. ausgegrenzt oder in einen neuen Rahmen eingebunden werden.

6. Bildungs- und Aufklärungskampagne

Um eine Kehrtwende am Finanzmarkt zu bewirken, sind nicht nur Politik und Finanzinstitute gefragt, sondern auch ein kritisches Bewusstsein der Kunden, das neben kurzfristigen, rein renditeorientierten Anlagekriterien auch nachhaltige ökonomische wie soziale und ökologische Entwicklungen berücksichtigt. Eine breit angelegte Aufklärungskampagne könnte dazu beitragen.

Die Krise birgt ohne Zweifel die Chance zur Veränderung. Doch diese will auch ergriffen werden. Ein gesellschaftliches Umdenken ist bereits in Gang gesetzt. Nun gilt es, von Seiten der Politik und Finanzwirtschaft wirkungsvolle Maßnahmen für einen nachhaltigeren Finanzmarkt umzusetzen.

Wettbewerbsverzerrungen bei Zinskonditionen

Seit Ausbruch der Finanzmarktkrise erlebt der existentielle Konditionswettbewerb unter den Finanzdienstleistern aufgrund des Bedarfs an Liquidität eine Fortsetzung. Enorme Wettbewerbsverzerrungen sind die Folge. Abweichend vom Markt zins bieten Banken z. T. extrem hohe Einlagenzinsen. Dahinter verbergen sich zwei mögliche Erklärungen. Erstens: Die Konditionen dienen als Lockangebot, d. h. sie gelten nur für Neukunden und neu angelegtes Geld sowie einen begrenzten Zeitraum. Anschließend werden die Kunden aggressiv beworben, um mit Folgegeschäften Gewinne zu erzielen. Zweites Szenario: Die Zinsen spiegeln den Risikoaufschlag des Interbankenmarkts wider. Da sich die betreffenden Banken aufgrund des Vertrauensverlusts nicht bzw. nur zu einem hohen Zins refinanzieren können, sind sie auf Kundeneinlagen angewiesen, um die Liquidität sicher zu stellen.



Thomas Jorberg ist Vorstandssprecher der GLS Bank in Bochum